

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 348 ppbn d

Inhalt

Harald B. Schäfer MdB zu den umweltpolitischen Vereinbarungen der Koalition: Kurs der Halbherzigkeiten.

Seite 1

Walter Edenhofer zur Rolle der Arbeitnehmer in der SPD: Das Zentrum verbreitern.

Seite 2

Karl Heinz Müller MdL zur Bekämpfung von AIDS in Bayern: Gauweilers Kraftsprüche helfen nicht.

Seite 4

Dokumentation:

Die bundesdeutsche Koordinierungsgruppe für die Abrüstungsinitiative aus vier Kontinenten hat an Washington und Moskau appelliert, doch noch ein Atom-Moratorium zu beschließen. Wortlaut des Schreibens

Seite 5

42. Jahrgang / 27

9. Februar 1987

Kurs der Halbherzigkeiten

Zu den umweltpolitischen Vereinbarungen der Koalition

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Bundestages

Was bis jetzt von den Koalitionsvereinbarungen in Sachen Umweltschutz bekanntgeworden ist, zeigt: Die Koalition bleibt bei ihrem bisherigen umweltpolitischen Kurs der Halbherzigkeiten. Es ist kein Konzept erkennbar, das die wichtigsten Probleme - Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung - einer Lösung näherbringt.

Statt dessen werden fast nach dem Zufallsprinzip isolierte, zum Teil durchaus richtige Umweltvorhaben, angekündigt. Das Fehlen einer politischen Linie, die die Notwendigkeit einer systematischen Umweltvorsorgepolitik mit der Sanierung der Altlasten verbindet, verhindert wirksamen Umweltschutz.

Bei den Koalitionsvereinbarungen fehlt unter anderem

- Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel unserer Verfassung,
- eine Neuordnung des Umweltrechtes mit Einführung einer verschuldensunabhängigen Haftung bei gleichzeitiger Erleichterung des Kausalitätsnachweises (Beweislast umkehren),
- eine drastische Erhöhung der Ordnungswidrigkeiten bei Umweltvergehen,
- eine neue umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik,
- ein Konzept zur Sanierung der Altlasten,
- Energiesparmaßnahmen zur Reduzierung der Umweltbelastung und Schonung der Rohstoffe,
- die längst überfällige Reform des Bundesnaturschutzgesetzes mit Abschaffung beziehungsweise Änderung der Landwirtschaftsklauseln und der Einführung der Verbandsklage.
- Reduzierung der Schadstoffe bei Nutzfahrzeugen.

Statt dessen setzen die Koalitionäre natürlich mit ausdrücklicher Zustimmung der FDP auf die Inbetriebnahme des Schnellen Brütters in Kalkar und den Weiterbau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Es bleibt also beim „Weiter so“ der Koalition: Trübe Aussichten für Gesundheit und Umwelt. (-/9.2.1987/vs/rs)

* * *

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressahauss 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebspartner
zum weltweiten Koalitions-
Fern- und Post-Vertrieb



Das Zentrum verbreitern

Zur Rolle der Arbeitnehmer in der SPD

Von Walter Edenhofer

Leiter des Referats für Arbeitnehmerfragen/Betriebsorganisation beim SPD-Parteivorstand

Auch wenn die SPD bei der Bundestagswahl am 25. Januar insgesamt weniger Stimmen erhalten hat, als sie erhoffen konnte, darf nicht übersehen werden, daß sie rund 400.000 Stimmen von der Union zurückeroberte.

Wie sich aus einer Infas-Analyse für die IG Chemie-Papier-Keramik ergibt, finden sich die Gründe für die Verschiebung zwischen SPD und CDU/CSU im Arbeitnehmerlager und hierbei insbesondere im Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern und Arbeitern, die insbesondere über die Tatenlosigkeit der Bundesregierung bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und ihre arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindliche Politik enttäuscht sind. Verloren hat die SPD nach Infas vor allem in den Mittelschichten, nämlich bei Beamten und Angestellten, in sogenannten „Dienstleistungszentren“ und in Großstädten, mit Ausnahme jener mit traditioneller Industriestruktur.

Vor dem Hintergrund des Wahlergebnisses ist es unausweichlich, daß die Frage diskutiert wird, wie die SPD vor allem in den Großstädten ihre Wahlergebnisse verbessern kann, insbesondere im Mittelstand, bei „sozialen Aufsteigern“ und der „technischen Intelligenz“. Fertige Antworten auf diese Herausforderung wird es so schnell nicht geben. Die entscheidende Frage ist, wie und womit sich die SPD unter den Folgen des sozialen und industriellen Wandels in der Arbeitnehmerschaft neu verwurzelt und ihre Bindungen zu ihr organisiert.

Die organisatorisch-strukturellen Probleme der SPD, besonders in Großstädten, und die sozialen Umschichtungen in der Arbeitnehmerschaft mit einem wachsenden Anteil hochqualifizierter Produktionsfacharbeiter, technisch ausgebildeter Arbeitnehmer und Dienstleistungsberufen sind durchaus nicht neu, sondern bestehen schon seit längerem. Seit Jahren drängen die sozialdemokratischen Arbeitnehmer darauf, aus den Veränderungen der Wohngebietsstrukturen, durch die die frühere Identität von Wohnort und Arbeitsstätte verloren gegangen ist, sowie aus den soziologischen Veränderungen in Politik und Gesellschaft, organisationspolitische Konsequenzen zu ziehen.

In dem vom Bundesparteitag Nürnberg einstimmig angenommenen „Aktionsprogramm zur politischen Betriebsarbeit der SPD“ heißt es: „Die SPD ist politisch nur dann stark und mehrheitsfähig, wenn sie das Vertrauen der breiten Schichten der Arbeitnehmer besitzt. Auch wenn sich die Schichtung innerhalb der Arbeitnehmerschaft durch wirtschaftlichen Strukturwandel und technische Entwicklungen verändert, bleiben die Arbeitnehmer die weithin größte Bevölkerungsgruppe und Kern der Partei. Die Zusammenführung unterschiedlicher Interessen in der Arbeitnehmerschaft, sie zu bündeln und zu gemeinsamer politischer Kraft zu entwickeln, ist Voraussetzung für politische Mehrheitsfähigkeit der SPD.“

Die Partei wird in dem Aktionsprogramm aufgefordert, den durch industriellen Strukturwandel, neue Technologien und Flexibilisierungsstrategien in Industrie und Dienstleistungsbereichen eingetretenen Wandlungsprozeß politisch wie organisatorisch aufzuarbeiten und neue Wege für die Einbeziehung neuer Arbeitnehmerschichten in die Partei- und Betriebsarbeit zu öffnen und diese insbesondere auf Angestellte, im Dienstleistungssektor, im Bereich neuer Medien und der Kommunikationsindustrie, auf die „technische Intelligenz“ und die im Handwerk, Klein- und Mittelbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer - das sind rund 3/4 aller Arbeitnehmer - stärker auszurichten und zu erweitern, ohne den klassischen Bereich sozialdemokratischer Betriebsarbeit zu vernachlässigen.

Die Betriebsarbeit der SPD ist schon heute durch große Vielfalt gekennzeichnet und konzentriert sich nicht nur auf den industriellen Bereich, wie die Stahlindustrie, Automobilindustrie und chemische Industrie, sondern auch auf öffentliche und private Dienstleistungsbereiche, wie im Gesundheitswesen, Bahn, Post, Polizei, Bundeswehr, Arbeitsverwaltung, Flughäfen, Handel. In der AfA und in den Betriebsgruppen arbeiten Facharbeiter, Angestellte, Beamte und Ingenieure aktiv mit.



Für die Erweiterung des Wählerpotentials im Arbeitnehmerbereich sind, ausgehend von den Forderungen der sozialdemokratischen Arbeitnehmer, folgende Schritte unverzichtbar:

1. Die SPD muß damit anfangen, ihre Parteitagebschlüsse zur politischen Betriebsarbeit auf allen Ebenen der Partei zu verwirklichen. Eine Partei wie die SPD, deren politische Aufgabe es ist, Hoffnungen und Erwartungen der Arbeitnehmer in konkrete Politik umzusetzen, ist darauf angewiesen, nicht nur in der Gemeinde und in ihrer Wohnortorganisation verankert zu sein, sondern sich auch ein breiteres Fundament in Betrieben, Verwaltungen und Dienstleistungsbereichen durch Betriebsgruppen und Vertrauensleute zu schaffen. Das setzt als erstes die tatsächliche Anerkennung, Förderung und Gleichstellung sozialdemokratischer Betriebsarbeit mit der Vertrauensarbeit im Ortsverein voraus. Die Betriebsarbeit in den Statuten als Stiefkind zu behandeln und sie nur in Wahlauseinandersetzungen gleichwertig einzusetzen, wird den Problemen nicht mehr gerecht.
2. Die SPD kann nicht nur „Feierabend-Partei“ sein. Unverzichtbar ist, daß ihre Beziehungen zur betrieblichen Arbeitnehmerschaft, das heißt zu Arbeitern, Angestellten und auch Beamten, gestärkt und ausgebaut werden. Das gilt vor allem für die Sozialdemokraten, die in den Betriebsgruppen, in den Gewerkschaften, in Betriebs- und Personalräten Vertrauensarbeit leisten, die für viele von ihnen schon mit der Frühschicht und nicht erst nach Feierabend beginnt. Diese Beziehungen müssen konkret ausgestaltet werden und zum zentralen Bestandteil jeglicher Parteiarbeit werden. Für die betriebstätigen Arbeitnehmer ist es von entscheidender Bedeutung, daß sie in der SPD den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Politik und Betrieb klar erkennen und sie sich im Zentrum sozialdemokratischer Politik wiederfinden können. Das beinhaltet auch, daß dabei Vielfalt und Individualität, die in allen gesellschaftlichen Gruppen zugenommen haben, berücksichtigt werden muß.
3. Für die betriebstätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muß ein besserer Zugang zu den politischen Entscheidungsgremien der Partei und zur Mandatsausübung geschaffen werden. Die unausgewogenen Sozialprofile in den Parlamenten und die weitgehende Unterrepräsentation, vor allem von Arbeitern und Angestellten aus Industrie, Handwerk und Handel, sind Folgen innerparteilicher Kandidatenauslese und deren Ergebnisse. Ohne eine Änderung der geltenden Ausleseverfahren und Kriterien bei Kandidatenaufstellungen für Parteiämter, parlamentarische Mandate und bei der Wahl von Delegierten für Parteitage, wird sich Chancengleichheit nicht erreichen lassen. Entscheidend ist, daß bei Kandidatenaufstellungen künftig stärker soziale Gesichtspunkte und die in Gewerkschaften und Betrieb geleistete Vertrauensarbeit zugrundegelegt wird. Als große Volkspartei, die sich auf die breiten Schichten der Arbeitnehmer stützt, muß die SPD im Interesse ihrer Identität darauf dringen, daß die Strukturen in Partei und Parlamenten annähernd den tatsächlichen sozialen Strukturen in der Gesellschaft entsprechen. Das gehört auch zur Erneuerung der Gesellschaft, wie Sozialdemokraten sie fordern.
4. Es muß ein neuer Prozeß in der Parteiarbeit eingeleitet werden, um berufstätige Frauen und junge Arbeitnehmer stärker in die Partei- und Betriebsarbeit einzubeziehen und sie an der politischen Willensbildung zu beteiligen. Dazu sind besondere Aktionsformen notwendig, wobei von den positiven Erfahrungen in einigen Bezirken und Landesverbänden ausgegangen werden könnte.
5. Bei unzulänglicher hauptamtlicher Struktur ist die Förderung und Verstärkung der ehrenamtlichen Funktionsstruktur eine entscheidende Voraussetzung für die Mobilisierungskraft der Partei. Dazu gehören im Arbeitnehmerbereich vor allem die vielen sozialdemokratischen Betriebs- und Personalräte, Jugendvertreter, Gewerkschafter und Vertrauensleute, ohne deren Verankerung in der Partei- und Betriebsarbeit eine intakte „Infrastruktur“ der Partei kaum denkbar ist.

Die Verwirklichung der Parteitagebschlüsse von München und Nürnberg zur politischen Betriebsarbeit könnte ein erster, aber wichtiger Schritt sein, um das Zentrum der deutschen Sozialdemokratie politisch zu stärken und um neue Schichten von Arbeitnehmern zu erweitern. (-/9.2.1987/st/ks)

Gauweilers Kraftsprüche helfen nicht gegen AIDS**Der Freistaat Bayern muß die Aufklärungsmaßnahmen verbessern**

Von Karl Heinz Müller MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die Konfusion im Strauß-Kabinett über die AIDS-Erkrankungen nimmt immer größere Ausmaße an. Gerade bei einem solchen Thema, das ziel- und planlos Gerede nicht verträgt, spricht die CSU-Staatsregierung mit mehreren Zungen. Während der zuständige Sozialminister Hillermeier für eine ungeschminkte Aufklärung plädiert, verfiert Innenstaatssekretär Peter Gauweiler die harte Linie der Einführung einer Meldepflicht.

Unbestritten ist, daß AIDS eine ungeheure Herausforderung für die öffentliche Gesundheitsvor- und -fürsorge ist. Die Ursachen und Verbreitungswege dieser Krankheit sind bekannt. Was fehlt, sind Vorsorge und Heilmethoden. Diese kann man nicht durch Kraftsprüche herbeireden, wie sie von Staatssekretär Gauweiler zu hören sind. Die CSU täte gut daran, statt dessen dafür zu sorgen, daß die vorhandenen Aufklärungs- und Hilfsmaßnahmen verbessert und ausgebaut werden.

Die Meldepflicht bringt nichts. Weder läßt sich dadurch ein besserer Überblick über die Ausbreitung der Krankheit gewinnen, noch wirksam gegen die Ausdehnung der Seuche tätig werden. Das Bundesgesundheitsamt hat bereits ein anonymes Erfassungssystem für AIDS eingeführt. Die Bundesländer haben Statistiken, die ergänzende Aufschlüsse über die Ausbreitung von AIDS geben.

Die SPD spricht sich gegen eine namentliche Meldepflicht aus. Eine Meldepflicht allein kann die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. Denn die seuchenrechtlichen Konsequenzen einer solchen Meldepflicht sind Ermittlungen der Gesundheitsämter, um die Quellen aufzuspüren. Dies setzt zum einen umfassende Informationen über Ansteckungszeit und -umstände voraus. Abgesehen davon, daß Betroffene diese Informationen gar nicht geben können, ist hier besonders die lang Inkubationszeit von AIDS - bis zu fünf Jahren und mehr - zu berücksichtigen. Andererseits darf man nicht außer acht lassen, daß es bisher keine Therapie gibt und man ja wohl die Infizierten nicht lebenslang isolieren kann.

Ganz entscheidend gegen eine namentliche Meldepflicht spricht: Der überwiegende Teil der Krankheitsträger gehört Personengruppen an, die die Anonymität suchen und bevorzugen. Es besteht deshalb die Gefahr, daß die Angehörigen dieser Risikogruppen als unmittelbare Folge der Meldepflicht weder die Hilfe von Ärzten noch die von Beratungsstellen in Anspruch nehmen. Damit würde auch die Bereitschaft, sich einem Test zu unterziehen, erheblich nachlassen. Folge: Der weiteren Ausbreitung der Krankheit würde nur Vorschub geleistet und somit gerade das Gegenteil erzielt.

Die SPD bleibt deshalb dabei: Es muß alles getan werden, um durch Aufklärung und Beratung auf breiter Basis unter Einsatz moderner Medientechniken der Ausbreitung der Seuche wirksam entgegenzutreten. Es müssen erheblich mehr Anstrengungen unternommen werden, um die Forschung gegen die tödliche Immunschwäche zu verstärken. Die SPD fordert eine intensive Aufklärung aller Ärzte, Pflegeberufe, Drogenberater und Sozialarbeiter. AIDS muß in die Lernzielkataloge dieser Berufsgruppen eingebaut werden. Diese Berufsgruppen müssen in der Lage sein, HIV-positive Personen zu betreuen, beziehungsweise über ihre Infektiosität aufzuklären. Wir verlangen weiter die Aufnahme des HIV-Tests in die Vorsorge für schwangere Frauen und eine Verbesserung der Behandlungsangebote für HIV-positive Personen. (-/9.2.1987/vo-he/rs)



DOKUMENTATION

„Einem Atomtest-Moratorium den Vorzug geben“

Die bundesdeutsche Koordinierungsgruppe für die Abrüstungsinitiative aus vier Kontinenten hat angesichts des jüngsten amerikanischen Atomversuchs und der sowjetischen Mitteilung, man fühle sich nun nicht mehr an das eigene Moratorium gebunden, an Washington und Moskau appelliert, doch noch einem Moratorium den „Vorzug zu geben“. Wir dokumentieren das Schreiben, das gleichlautend an den Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Wright, und den Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Gromyko, gerichtet ist, im Wortlaut.

Sehr geehrter Herr Wright,
sehr geehrter Herr Gromyko,

mit der Ankündigung einer neuen Serie von Atomwaffenversuchen für die Zeit vom 5. Februar bis 1. April 1987 durch das Weiße Haus in Washington und die gleichzeitige Ankündigung der sowjetischen Regierung, sich nach dem ersten Atomtest der USA im Jahre 1987 nicht mehr an ihr eigenes Moratorium gebunden zu sehen, wächst die Gefahr, daß

1. ein Abkommen über die vollständige Einstellung aller Atomwaffenversuche in die Ferne rückt,
2. die Aussicht auf Rüstungskontrollvereinbarungen durch die weitere Erprobung und Entwicklung von Atomwaffen unterminiert wird,
3. diejenigen Vertragsstaaten des Atomwaffensperrvertrages, die über keine Atomwaffen verfügen, einer Verlängerung über das Jahr 1995 hinaus nicht zustimmen, weil sich die Atomwaffenstaaten nicht an ihre vertraglichen Pflichten halten,
4. der begrenzte Teststopp-Vertrag von 1963, der ein vollständiges Atomtestverbot zum „frühestmöglichen Zeitpunkt“ verlangt, ausgehöhlt wird,
5. die weitreichenden Verifikationsangebote der letzten Zeit für die Überwachung eines Atomtestverbots nicht genutzt werden,
6. beide Seiten immer mehr neue Technologien für Weltraumwaffen erproben, die Abrüstung unmöglich machen und die Sicherheit zusätzlich gefährden,
7. die ökologischen Schäden durch Atomexplosionen zunehmen.

Das Anhalten aller Atomwaffenversuche ist ein wirksamer Schritt zur Beendigung des atomaren Rüstungswettlaufs. Die meisten Wissenschaftler stimmen darin überein, daß die Bedingungen zur Überprüfung eines Atomtestverbots mit den heutigen technischen Möglichkeiten erfüllbar sind. Es gibt für keinen Atomwaffenstaat eine berechtigte Begründung dafür,

- neue Atomwaffen zu entwickeln oder zu produzieren, da Zielgenauigkeit und Wirksamkeit der bestehenden Arsenale für eine Abschreckung mehr als ausreichend ist, oder
- die bestehenden Arsenale durch Versuchsexplosionen ständig zu überprüfen, da andere Formen der Überprüfung möglich sind.

Generalsekretär Gorbatschow erklärte am 15. Januar 1986:

„Die Sowjetunion ist dafür, daß jede Maßnahme der Begrenzung und Reduzierung von Rüstungen, jeder Schritt auf dem Wege der Befreiung von Kernwaffen den Völkern nicht nur mehr Sicherheit mit bringen, sondern auch ermöglichen wird, mehr Mittel für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen bereitzustellen.“

Präsident Reagan erklärte seinerseits am 23. März 1983:

„Ich rufe die Gemeinschaft der Wissenschaftler, die uns die Kernwaffen gegeben haben, auf, ihre großen Talente der Sache der Menschheit und des Weltfriedens zu widmen; uns die Mittel an die Hand zu geben, diese Kernwaffen unwirksam und überflüssig zu machen.“

Angesichts dieser Übereinstimmung im Ziel sollten das US-Repräsentantenhaus und der Oberste Sowjet der UdSSR ebenso wie die Regierungsvertreter beider Länder einen erneuten Versuch unternehmen, um die Fortsetzung der Atomwaffenversuche zu verhindern. Voraussetzung dafür würde sein, daß die angekündigten Tests so lange verschoben werden, bis eine einvernehmliche Regelung auf der Grundlage des Beschlusses des US-Repräsentantenhauses vom 8. August 1986 erreicht werden kann. Es gibt keine militärische Notwendigkeit für weitere Atomtests. Auch unabhängig voneinander stellen einseitige Moratorien keine Gefahr für die eigene Sicherheit dar.

Deshalb wenden wir uns an die beiden Atommächte, in jedem Fall der vertrauensbildenden Wirkung eines Atomtests-Moratoriums den Vorzug zu geben vor der Fortsetzung der Tests, die von der übergroßen Mehrheit der Menschen mit Bestürzung und Unverständnis aufgenommen würde.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Prof. Dr. Werner Buckel (Präsident der Europäischen Physikalischen Gesellschaft), Prof. Dr. Jürgen Schneider (Professor am Institut für Geologie der Universität Göttingen), Prof. Dr. Hans-Peter Dürr (Direktor des Max-Planck-Institutes München), Prof. Dr. Peter Starlinger (Professor am Institut für Genetik der Universität Köln), Gustav Fehrenbach (stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Mitglied der CDU), Klaus-Dieter Zemlin (stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft, Mitglied der CDU), Annemarie Borgmann (Mitglied des Deutschen Bundestages, Sprecherin der Grünen), Karlheinz Koppe (Sprecher von Pax Christi, Mitglied Pax Christi international), Gabriele Witt (Vertreterin der Gustav-Heinemann-Initiative), Gerd Greune (Koordinator der Aktion Atomtest-Stopp), Wolfgang Biermann (Sprecher der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit - IFIAS -), Herta Däubler-Gmelin (Mitglied des Deutschen Bundestages, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion).

(-/9.2.1987/vo-hs/rs)

* * *

